

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Frau Eid, Auhagen und der
Fraktion DIE GRÜNEN**
— Drucksache 10/5699 —

**zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Kittelmann, Wissmann,
Klein (München), Dr. Pinger, Lenzer, Höffkes, Echternach, Graf Huyn,
Frau Geiger, Lattmann, Dr. Schwörer, Schwarz, Clemens, Dr. Unland, Kolb,
Dr. Kunz (Weiden), Dr. Jobst, Repnik, Weiß, Hornung, Hinrichs, Frau Roitzsch
(Quickborn), Frau Dr. Hellwig, Jagoda, Dr. Stercken, Dr. Schroeder (Freiburg),
Lowack, Hedrich, Kraus, Dr. Lammert, Reddemann, Magin, Ruf, Müller
(Wadern) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Graf
Lambsdorff, Dr. Haussmann, Beckmann, Frau Seiler-Albring, Dr. Weng
(Gerlingen), Dr. Feldmann, Dr. Solms, Frau Dr. Segall, Dr. Rumpf, Dr.-Ing.
Laermann, Kohn und der Fraktion der FDP**
— Drucksachen 10/3995, 10/5133 —

Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft im pazifischen Raum

A. Problem

In einigen Staaten des asiatisch-pazifischen Raums ist eine demokratische Entwicklung nicht abzusehen.

B. Lösung

Die Mehrheit im Ausschuß für Wirtschaft lehnt den Antrag ab. Zu den inneren Verhältnissen der Staaten des pazifischen Raums könne nicht pauschal wertend Stellung genommen werden.

Große Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Die Antragsteller halten an ihrem Vorschlag fest, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit „autoritären“ Staaten des asiatisch-pazifischen Raums mit der Forderung nach demokratischer Entwicklung zu koppeln.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 10/5699 — abzulehnen.

Bonn, den 3. Dezember 1986

Der Ausschuß für Wirtschaft

Dr. Unland	Dr. Mitzscherling
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Mitzscherling**I.**

Der Entschließungsantrag wurde in der 272. Sitzung der 10. Wahlperiode des Deutschen Bundestages am 19. Juni 1986 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, an den Verteidigungsausschuß und an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit überwiesen.

II.

Durch den Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit „autoritären“ Staaten des asiatisch-pazifischen Raums, vor allem der Republik Korea, Indonesien, Thailand, Taiwan und Malaysia mit der Forderung nach demokratischer Entwicklung zu koppeln.

Auf Indonesien sollte insbesondere eingewirkt werden, die völkerrechtswidrige Besetzung Osttimors zu beenden, die Rechte der Zivilbevölkerung zu achten und internationale Hilfen und Kontrollen zuzulassen.

Weiterhin sollen alle Rüstungsexporte und Lizenzproduktionen seitens der Bundesrepublik Deutschland in die Länder des asiatisch-pazifischen Raums unverzüglich gestoppt werden.

III.

Der mitberatende Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat in seiner Sitzung am 15. Oktober 1986 den Entschließungsantrag beraten und mit großer Mehrheit beschlossen, aus entwicklungspolitischer Sicht die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner Sitzung am 22. Oktober 1986 mehrheitlich beschlossen, dem federführenden Ausschuß für Wirtschaft zu empfehlen, die Vorlage abzulehnen.

Der Verteidigungsausschuß hat durch seinen Vorsitzenden mit Schreiben vom 17. November 1986 er-

klärt, daß er sich mit dem Antrag noch in dieser Wahlperiode befassen werde. Eine Erörterung sei jedoch in der nächsten Sitzung des Verteidigungsausschusses am 3. Dezember 1986 nicht möglich, da der Ausschuß an diesem Tage zwei Anhörungen durchführe und weitere wichtige Themen zu beraten habe.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Entschließungsantrag in seiner 74. Sitzung am 3. Dezember 1986 beraten.

Die Antragsteller haben darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung mit ihrer verstärkten Rüstungszusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten die Ansprüche der USA auf den Pazifik „als amerikanisches Hoheitsgebiet“ unterstütze. Zu Indonesien haben sie ausgeführt, das Bundesministerium für Forschung und Technologie unterstütze die Förderung eines Fernsehdirektempfangs-Satellitensystems, die Entwicklung eines vollelastischen klappen-gesteuerten Rotorsystems für kleine Hubschrauber MBB, den Mehrzwecknuklearreaktor MRP 30 und das radiometallurgische Labor.

Die Mehrheit im Ausschuß für Wirtschaft war der Auffassung, es sei nicht Aufgabe der Bundesregierung, entsprechend dem Entschließungsantrag zu den inneren Verhältnissen der Staaten des pazifischen Raums pauschal wertend Stellung zu nehmen.

Auch die Forderung nach einem Stopp aller Rüstungsexporte in die Länder des asiatisch-pazifischen Raums wird von der Mehrheit im Ausschuß für Wirtschaft für nicht sachgerecht gehalten. Es gehe teilweise um westliche Industriestaaten (wie Australien und Japan), für die die Rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung von 1982 aufgrund ihres demokratischen Staatswesens keine Einschränkung hinsichtlich des Waffenexports vorsähen.

Der Ausschuß für Wirtschaft empfiehlt dem Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit, den Antrag abzulehnen.

Bonn, den 3. Dezember 1986

Dr. Mitzscherling

Berichterstatte